

BULLETIN N°027 - 17. JUNI 2009

In dieser Ausgabe:

- ❖ **EU:** EIT KLEINGESPART
- ❖ **EU:** FORSCHUNGSKOOPERATIONEN STEUERBEFREIT
 - ❖ DER UNIVERSITÄTENBUND „CHARTA“ WIRD 25
 - ❖ **EU:** EUROPÄISCHE DOKTORATE
- ❖ **DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH:** DIE EINHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE IN GEFAHR
 - ❖ **DEUTSCHLAND:** LANDESWEITER BILDUNGSSTREIK
- ❖ **DEUTSCHLAND:** MEHR FRAUEN IN QUALIFIZIERTEN BERUFEN
- ❖ **FRANKREICH:** 21 WEITERE HOCHSCHULEN SIND „AUTONOM“
 - ❖ **GROSSBRITANNIEN:** MEHR STUDIENABBRECHER
 - ❖ **ITALIEN:** GADDAFI AN DER SAPIENZA IN ROM
 - ❖ **ÖSTERREICH:** MEHR LEISTUNGSSTIPENDIEN
 - ❖ **POLEN:** MODELL FÜR DOKTORATE
 - ❖ **POLEN:** IDEOLOGISCHER STREIT IN BRESLAU
- ❖ **SLOWENIEN:** FORTSCHRITTE UND BOLOGNAKRITIK
- ❖ **TÜRKEI:** SCHLECHTE BILDUNGS- UND BERUFSCHENCEN FÜR FRAUEN



Drei Rabbis fahren Taxi.

Sagt der älteste kopfschüttelnd: „Was bin ich ignorant!“

Darauf der zweite: „Aber nein! Du bist der älteste und gebildetste von uns. Ich, der ich viel weniger weiß als du, ich bin ignorant!“

Fällt ihm der dritte ins Wort: „Hört mal, ich bin der jüngste und unreifste. Die Erfahrung des einen fehlen mir ebenso wie die Weisheit des andern - ICH bin ignorant!“

Da mischt sich der Taxifahrer ins Gespräch: „Hört mal, sehr geehrte Herren. Ihr seid doch Geistliche und Gelehrte. Ihr habt studiert und meditiert, ihr könnt doch nicht dumm sein. Ich dagegen, ich bin ignorant!“

Die drei Rabbis sehen sich kurz an: „Was bildet der sich ein?“

EIT KLEINGESPART

Drastischer Bedeutungsverlust des „europäischen MIT“: Nach jahrelangen Verhandlungen und stetiger Reduzierung seiner Aufgaben und Mittel startet das Europäische Technologieinstitut EIT nun mit einer gänzlich veränderten Ausschreibung.

Entgegen der ursprünglichen Idee besteht die Mission des EIT nun nicht mehr in der Grundlagenforschung, sondern darin, „neue Geschäftsmöglichkeiten für bereits bestehende Industrien und genauso für neue Unternehmen zu entwickeln“.

Bis 2013 stellt die EU statt 2,4 Mrd. nur noch 309 Mio. Euro bereit, das Dreifache muss zusätzlich von privaten Partnern eingeworben werden. Anstelle eines einzigen neu zu bauenden Zentrums soll das EIT ein Netzwerk sein, das aus sog. „Knowledge and Innovation Communities“ (KIC) aus jeweils verschiedenen Ländern der Europäischen Union besteht. [811]

Die [Mission](#) des EIT (auf Englisch)



EUROPÄISCHE FORSCHUNGSKOOPERATIONEN STEUERBEFREIT



Janez Potočnik, geb 1958, EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung seit 2004

Foto: EU

Die europäischen Forschungsminister haben nach zehnmonatigem Ringen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine grenzübergreifende Forschungsinfrastruktur (ERI) beschlossen.

Da weder die nationalen, noch die EU-Vorschriften auf komplexe Vorhaben von Partnern in mehreren Ländern anwendbar sind, sollen die Forschungsinfrastrukturen steuerlich als internationale Organisationen behandelt werden.

Die tschechische Bildungsministerin Miroslava Kopicová und EU-Kommissar für Wissenschaft und Forschung Janez Potočnik begrüßten am 29. Mai in Brüssel die Entscheidung. In der abschließenden Erklärung forderten die anwesenden Minister von Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission „eine ausgewogene Umsetzung des Europäischen Forschungsraums“, wobei das Prinzip der wissenschaftlichen Exzellenz und der Gewährleistung eines effektiven Zugangs gewahrt bleiben müsse. [859]

[Erklärung](#) von EU-Kommissar Janez Potočnik, 09.06.09 (auf Englisch)

DER UNIVERSITÄTENBUND „CHARTA“ WIRD 25

Der Universitätenverbund Charta zählt 13 Mitglieder aus der „Großregion“, d. h. aus Wallonien, der französischsprachigen Gemeinde Belgiens, aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, aus dem französischen Lothringen und Luxemburg. Wie zu seiner Gründung 1984, lange bevor der Bolognaprozess gedacht war, geht es Charta auch heute nicht darum, eine Projektschmiede zu sein, erklärt Bernd Michel, ihr langjähriger Koordinator: „Sondern die Professoren und

wissenschaftlichen Mitarbeiter, auf die es am meisten ankommt, sollten sich kennenlernen. Sie sind es, die letzten Endes die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verwirklichen. Diese ist kein Selbstzweck, sondern ein langsamer Prozess auf der Basis persönlicher Beziehungen.“

Fast siebzig solcher grenzüberschreitender Kooperationen wurden 2006 im Rahmen des Charta-Verbundes gezählt. Ein vorbildliches Beispiel des Europas der Regionen. [885]

www.charta-universities.eu

EUROPÄISCHE DOKTORATE

Die 2. Jahresversammlung des Europäischen Rates für Doktoratsausbildung (CDE) hat Anfang Juni an der Universität Lausanne stattgefunden. Ein Jahr nach seiner Gründung zählt der CDE schon 150 Mitglieder – Hochschulen wie grenzübergreifende, universitätsnahe Institute. „Ein klarer Beweis für die Notwendigkeit und die Wichtigkeit dieser Plattform“, sagte CDE-Vorsitzender Jean Chambaz, „um die Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung des Doktorats in Europa voranzutreiben.“



Chambaz stellte auch eine Studie des Europäischen Universitätenverbands EUA vor, die die Funktion gemeinsamer PhD-Programme von Hochschulen und der Industrie als Brücke zwischen Innovation und Personalwerbung auf der anderen Seite aufzeigt.

Zu den Prioritäten des CDE zählen die Begleitung solcher Programme, der Austausch von good practice und die Laufbahnentwicklung für Wissenschaftler. [865]

EUA-Studie: „Collaborative Doctoral Education: University-Industry Partnerships for Enhancing Knowledge Exchange“, 16.06.2009

DIE EINHEIT VON FORSCHUNG UND LEHRE IN GEFahr

Forschung und Lehre werden durch die forcierte Konkurrenz um finanzielle Ressourcen zunehmend entkoppelt. Die Fortschritte des sog. „New Public Management“ (NPM) an deutschen und österreichischen Hochschulen hat eine aktuelle Studie untersucht.

Zum Bedauern der Autoren wird das humboldtsche Bildungsideal von Professoren in Deutschland und Österreich weiterhin als das Maß aller Dinge gesehen: gut fürs Prestige, die traditionellen Kernaufgaben der Universitäten befruchten sich gegenseitig, attraktiv für Studierende und geeignet, um Nachwuchswissenschaftler zu finden und auszubilden.

„Entkoppelnde Mechanismen“ des NPM dürften aber mit der Zeit ihre Wirkung tun. Dazu zählen, neben gesetzlichen Vorschriften, sowohl die separate Evaluierung und leistungsorientierte Finanzierung für Forschung, als auch die Einführung spezialisierter Forschungs- und Lehrprofessuren. [870]

Meier/Schimank: „New Public Management und die Einheit von Forschung und Lehre“, I/2009

DEUTSCHLAND: LANDESWEITER BILDUNGSSTREIK



Studenten und Schüler haben eine bundesweite Protestwoche für gerechte Bildungschancen in Deutschland organisiert. Vom 15. bis 19. Juni werden insgesamt 150.000 Teilnehmer in über 80 Städten erwartet. Ihre Forderungen:

selbstbestimmtes Lernen statt Leistungs- und Konkurrenzdruck, freier Bildungszugang ohne Studiengebühren, demokratische Mitbestimmung und öffentliche Bildungsfinanzierung ohne Einfluss der Wirtschaft.

Kritikfragmente: Prekär Beschäftigte mit miserabler Entlohnung sichern mindestens ein Drittel der Hochschullehre. Bachelor und Master bedeuten ein verschultes „Schmalspurstudium“ für alle und ein elitäres Masterstudium für wenige. Der Protest richtet sich gegen die „neoliberale Umgestaltung der gesamten Gesellschaft“ von der Vorschule bis ins Arbeitsleben. Einzelne Teilnehmer halten eine „europaweite Synchronisierung der Bildungsproteste“ für dringend nötig. [882]

www.bildungsstreik2009.de

DEUTSCHLAND: MEHR FRAUEN IN QUALIFIZIERTEN BERUFEN

Frauen fassen immer häufiger in hochqualifizierten Berufen Fuß. Von 1994 bis 2008 ist ihr Anteil, so eine Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB, an Mathematikern, Physikern oder Chemikern von 20 auf 30 Prozent gestiegen. 12 % mehr Frauen sind heute Biologen, Geologen und Meteorologen, und zwei Drittel der Zahn- und Tierärzte sind inzwischen weiblich. „Die bessere Schul- und Ausbildung von Frauen schlägt sich zunehmend in einer besseren Positionierung auf dem Arbeitsmarkt nieder“, schreiben Wolfgang Biersack und Co-Autorin Britta Matthes. Dennoch sind sie auf dem Arbeitsmarkt in vielen Bereichen, etwa im Ingenieurwesen, weiter im Nachteil, auch sind ihre durchschnittlichen Aufstiegschancen und das Lohnniveau noch immer deutlich niedriger als bei den Männern. [805]

Presseinformation des IAB, 16.06.2009

21 WEITERE FRANZÖSISCHE HOCHSCHULEN SIND „AUTONOM“

Im Januar 2010 werden die Hälfte der französischen Universitäten „autonom“ sein. Bildungsministerin Valérie Pécresse bestätigte Anfang dieses Monats die Namen 21 weiterer Hochschulen, die unter das umstrittene LRU-Gesetz fallen und fortan ein Globalbudget erhalten, mit dem sie unabhängig vom Staat mit einer unternehmerischen Leitungsstruktur wirtschaften können.

Neben der Reform der Forschungslandschaft ist das LRU-Gesetz der Hauptgrund für die seit Januar andauernden Streiks und Demonstrationen in den französischen Hochschulen, der längsten landesweiten Protestbewegung seit 1968. Davon unbeeindruckt setzt die Regierung ihren Kurs fort, alle 83 Hochschulen sollen bis 2012 reformiert sein. Die Proteste ruhen momentan aufgrund der Abschlussprüfungen des akademischen Jahres. [782]

[Übersicht](#) zum LRU-Gesetz und der Protestbewegung

MEHR ABBRECHER IN GROSSBRITANNIEN

Die englischen Hochschulen verzeichnen die höchsten Abbrecherquoten seit vier Jahren und die Kluft zwischen Elite und Bildungsverlierern wächst. Von 7,1 auf 7,4 % stieg der Anteil der Abbrecher von 2007 zu 2008, bei 28 % liegt sie in einigen Regionen Schottlands. Gleichzeitig sank, trotz der millionenschweren Gleichberechtigungsprogramme der vergangenen Jahre, das Studieninteresse in einkommensschwachen Schichten weiter.



John Denham, geb. 1953, Labour Party, seit Juni 2007 Minister für Innovation und Universitäten in der Regierung von Gordon Brown

Der scheidende Hochschulminister John Denham sieht die Ursache dafür in der mangelhaften Qualität der Bildung. Die Leistungsindikatoren der Statistikagentur HESA belegen jedoch, dass seit Einführung der Top-Up Fees im Jahr 2006 ein Viertel der Studierenden ihren Abschluss nicht geschafft haben. Die Vorsitzende der Hochschulgewerkschaft UCU Sally Hunt sagte: „Wer für höhere Gebühren oder gar privatisierte Hochschulen eintritt, (...) schreckt eben die Studenten ab, die

die Regierung zum Studium bewegen will.“ [935]

Leistungsindikatoren 2007/2008, HESA, 04.06.2009 (auf Englisch)

GADDAFI AN DER SAPIENZA IN ROM

Das Bild des „San Papier“, des Schutzheiligen der Migranten, kursiert auf der Demonstration zum Besuch Muammar Gaddafis an der Universität La Sapienza. Der libysche Führer besuchte während seines Staatsbesuches am 11. Juni auch die römische Universität und beantwortete Fragen der Studenten. „Wenn eine Million politische Flüchtlinge kämen, würdet ihr sie aufnehmen?“ fragte Gaddafi die Studenten.

Den Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen und des Massenmordes auf dem Meer konnten die Studenten von der Protestbewegung „L'Onda“ in der Aula Magna nicht äußern, dafür kam es vor der Hochschule zu Zusammenstößen mit der Polizei. Um „an das vergossene Blut der zurückgewiesenen Migranten zu erinnern“, bewarfen Demonstranten die libysche Wagenkolonne mit roten Farbbeuteln.

Energiepolitische Kooperation und die Kontrolle illegaler Immigration befestigen die „Freundschaft“ Lybiens zu Berlusconi's Italien, das ein Investitionsprogramm von 5 Mrd. Dollar zugesagt hat. [966]

ÖSTERREICH: MEHR LEISTUNGSTIPENDIEN

Das österreichische Wissenschaftsministerium erhöht das Budget für Leistungstipendien. Dieser Fördertopf wächst im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel auf 10,4 Mio. Euro und die Zahl der antragsberechtigten Hochschüler auf 14.300. Erstmals sind auch Studierende von Privatuniversitäten antragsberechtigt. Die Stipendien werden nachträglich zur Anerkennung „hervorragender Studienleistungen“ oder für besondere Aufwände bei wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeiten, etwa Reisekosten, gewährt.

„Wer Leistung verlangt, muss sich auch zur Förderung von Exzellenz bekennen“, erklärte Wissenschaftsminister Johannes Hahn die Maßnahme.

Auf Probleme der Leistungsförderung weist eine Studie von 2007 hin: 90 % der Stipendien gingen in die Medizin, Technik und Naturwissenschaften, zudem fördere sie „unerwünschte Konkurrenz und Entsolidarisierung unter den Studierenden“. [872]

Mitteilung des BMWF, 01.06.2009 | „Bericht zu den Leistungstipendien“, sh.asus, 10.05.2007



Johannes Hahn, geb. 1957,
seit 2007 österreichischer Minister
für Wissenschaft und Forschung

POLEN: MODELL FÜR DOKTORATE

Die Ergebnisse einer landesweiten Debatte über die Zukunft von Doktoratsstudien in Polen sind am 7. Juni in Warschau vorgestellt worden. Die Warschauer Doktorandenvereinigung und die Landesvertretung der Doktoranden diskutierten mit Vertretern von 27 polnischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie Gästen von EURODOC über neue Lösungen für Doktorate.

Im Ergebnis ist eine Sammlung von Postulaten entstanden, die gute Praktiken der Hochschulen beim Erwerb von Stipendien, flexible Programme, einen freien Zugang zu Studienangeboten mit Auslandspraktika und Fremdsprachkursen zu einem Zukunftsmodell verbinden. Dieses Modell soll dem Hochschulrat und dem Wissenschaftsministerium nun vorgelegt werden. [709]

Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums, 12.06.2009 (auf Polnisch)

IDEOLOGISCHER STREIT IN BresLAU

Ein ideologisches Tête-à-tête an der Universität Breslau gestattet einen Blick in das Innere der polnischen Seele.

Physikprofessor Ludwig Turko ist empört. Das, was sein Kollege Viktor Zbigniew aus dem Institut für Politikwissenschaft treibt, habe mit Wissenschaft nichts zu tun und schade dem Ruf der Universität. Der Europaparlamentarier und ehemalige Solidarność-Aktivist Turko hält die Veröffentlichungen Zbigniews in deutschen kommunistischen Zeitschriften wie „Rotfuchs“, „Offen-siv“ („Die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Polen – als Beispiel für die Länder Osteuropas“) und dem kanadischen „Northstar Compass“ für unwissenschaftlich

und extremistisch. Zbigniew ist nicht nur Mitglied der Kommunistischen Partei Polens, sondern vom wissenschaftlichen Sozialismus noch immer überzeugt und sieht etwa im Staatskapitalismus Chinas Entwicklungspotential. Nicht von ungefähr mündete der Streit in der Frage nach der Grenze der wissenschaftlichen Freiheit. [968]

SLOWENISCHE FORTSCHRITTE UND BOLOGNAKRITIK

Die Einführung des zweistufigen Studiensystems mit Bachelor und Master wird in Slowenien in diesem Jahr abgeschlossen sein. Nur fünf Jahre dauerte die Reform in dem seit 1991 von Jugoslawien unabhängigen Zweimillionenstaat. Doch der Bolognaprozess ist hier nichts Besonderes: Ein fortschrittliches, zweistufiges, am Arbeitsmarkt orientiertes Studiensystem gab es in Slowenien schon in den 40er Jahren, heute gehen 80 % der Schulabgänger auf die Hochschule – eine Traumquote für viele westeuropäische Länder. Mit entsprechendem Selbstbewusstsein übt Ivan Leban, der in seiner Jugend PhD-Student in England war und heute Chemie an der Universität Ljubljana lehrt, Kritik. Für ihn ist der Bolognaprozess eine „Reform um ihrer selbst willen“, die sich zu sehr an wirtschaftlichen Prioritäten orientiert und nicht auf einem kritischen akademischen Verständnis fußt. [860]

Essay von Ivan Leban: „[The Bologna Process and Academic Values](#)“, April 2009 (auf Englisch)

SCHLECHTE BILDUNGS- UND BERUFSCHANCEN FÜR FRAUEN IN DER TÜRKEI

Die Anfang Mai in ihrem Amt bestätigte Erziehungsministerin Nimet Çubukçu hat der Geschlechterdiskriminierung im türkischen Bildungssystem den Kampf erklärt. Im Rahmen des *1. International Women's Entrepreneurship and Leadership Summit* am 4. Juni in Istanbul sagte sie, mangelnde Ausbildung sei der Hauptgrund, weswegen Frauen schlechtere Berufschancen haben. Rund 70 % der Männer waren im Jahr 2007 erwerbstätig, der Frauenanteil lag bei nur 23 %; ihr Anteil ist seitdem noch einmal um 16 % gefallen. Çubukçu sprach aber auch davon, dass von sexistische Vorurteile gegen Frauen in Lehrbüchern der Grundschule ihren Ursprung haben.

Welche entscheidende Rolle die Emanzipation der Frau in der Türkei spielt, kann man an der schrecklichen Nachricht über ein zwölfjähriges Mädchen ablesen, das ihre Mutter im Schlaf erschossen hat, weil sie sie nicht auf die Oberschule gehen lassen wollte. [887]